



BLÄTTER ZUM LAND

Nr. 68

Rheinhessen

Was vorher war – die Vorgeschichte der Gründung Rheinhessens im Jahr 1816

Am 8. Juli 1816 wurde das tags zuvor unterzeichnete Dokument veröffentlicht, mit dem der Großherzog Ludewig von Hessen-Darmstadt seine neue Provinz links des Rheins in Besitz nahm und somit eine Region begründet, die jetzt ihr 200jähriges Jubiläum feiern kann: Rheinhessen. Dieser „Besitzergreifung“ waren intensive Verhandlungen auf dem Wiener Kongress vorausgegangen. In der Schlussakte des Kongresses wurde schließlich festgehalten, dass der Großherzog von Hessen als Ersatz für das von ihm an den König von Preußen abgetretene Herzogtum Westphalen eine „Länderfläche auf dem linken Rheinufer“ erhalten sollte. Das Ausmaß dieser Fläche wurde in Nachverhandlungen mit den Städten Mainz, Worms, Bingen, Alzey und Oppenheim sowie 179 ländlichen Gemeinden festgelegt. 160.000 Menschen,

20.000 mehr als ursprünglich angenommen, lebten in diesem Landstrich. Sie hatten ein Vierteljahrhundert wechselvoller Geschichte hinter sich. Denn im Oktober 1792 eroberten erstmals Soldaten der französischen Revolutionsarmeen nach der Niederlage eines auf Paris marschierenden Koalitionsheeres das linke Rheinufer und in der Gegend zwischen Landau und Bingen wollte man in einer „Mainzer Republik“ gemeinsam mit revolutionsbegeisterten Einwohnern die neuen Ideen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ durchsetzen. Dieses bis heute umstrittene erste „demokratische Experiment“ auf deutschem Boden scheiterte nach neun Monaten. Der Grund dafür war militärischer Natur, da nach der „Belagerung von Mainz“ der letzte noch französisch besetzte Ort zurückerobert worden war. Neu war die Erfahrung, dass militärische Besetzung die „Freiheit“ bringen, die Bevölkerung mit Reden, Liedern, Theaterstü-



Gruppen wurden als „sogenannte Notabeln“ auch in die Verwaltung und Justiz integriert. Als dann nach Napoleons Scheitern 1815/16 der Übergang des linken Rheinufer an Bayern, Hessen und Preußen bevorstand, waren weder die neuen Untertanen noch die neuen Landesherren völlig begeistert - einerseits aus der Furcht heraus, die fortschrittlichen Rechte wieder einzubüßen, andererseits, weil man an der Loyalität der mit dem Fortschrittsgeist infizierten Bewohner der neuen Landesteile zweifelte. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, warum Ludwig – jetzt Großherzog von Hessen und bei Rhein genannt – 1816 nicht zu den Beitrittsfeierlichkeiten in seine neue Provinz kam.

Die Rheinhessen formieren sich

Ganz unbegründet waren die Vorbehalte auf beiden Seiten nicht. Wenn auch ausdrücklich im „Besitzergreifungspatent“ die Beibehaltung der „Errungenschaften“ der französischen Zeit zugesagt wurde, bot die Einschränkung, dass „Aenderungen“ zum „allgemeinen Besten“ möglich sein sollten, Grund zur Skepsis. Andererseits erwiesen sich gerade die Angehörigen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Elite, wie sie sich in der napoleonischen Zeit neu konstituiert hatte, als hartnäckige Verteidiger dieser „rheinischen Institutionen“. Deren Vorbildcharakter konnte auch in den rückständigen rechtsrheinischen Provinzen erkannt werden. In den folgenden Jahrzehnten führten Versuche, Modifikationen an den „Institutionen“ durchzuführen, zu Dauerstreit zwischen der Darmstädter Regierung und den politischen Vertretern Rheinheßens, aber auch zu Verstimmungen zwischen den Provinzen Oberhessen und Starkenburg auf der einen Seite und Rheinheßens auf der anderen. „Die Rheinheßens sprächen immer von ihren Institutionen, (...) allein von den, in den diesseitigen Provinzen bestehenden Einrichtungen wollten sie nichts annehmen“, musste sich der Mainzer Abgeordnete Mappes 1821 in der ersten Kammer des Darmstädter Landtages anhören. Denn die

linksrheinischen Abgeordneten argumentierten vehement gegen eine Übertragung der „Tranksteuer“ auf die neue Provinz. Gegenüber der rechtsrheinischen Verfassungsbewegung, die sich für die Umsetzung des Verfassungsversprechens der Wiener Bundesakte einsetzte und bald stark oppositionellen Charakter annahm, hatte man sich in Rheinheßens sehr unsolidarisch gezeigt. Ein Grund dafür war, dass die dort geforderten Reformen eben hier schon durchgeführt waren, sicher aber auch wegen des mit ihr einhergehenden antifranzösischen, nationalistischen Elements. Am Widerspruch gegen die von der Regierung intendierte Verfassung beteiligten sich die rheinhessischen Landtagabgeordneten 1820 dann aber doch. Gerade sie erwiesen sich in den Jahren bis zur Revolution von 1848 immer wieder als treibende Kraft der liberalen Opposition im Landtag.

Die Stärke der oppositionellen Strömungen in Rheinheßens zeigte sich dann an der breiten Beteiligung der bürgerlichen Kreise an Solidaritätsaktionen zugunsten der griechischen und polnischen Freiheitskämpfer, an den Erfolgen des Preß- und Vaterlandsvereins bei der Mitgliederwerbung und an der Teilnahme vieler Rheinheßens am von diesem Verein initiierten Hambacher Fest 1832. Der zunehmend restriktiven Darmstädter Politik zum Trotz bildete sich eine politische Öffentlichkeit heraus, die – nicht zuletzt auch durch das erstarkende Vereinswesen – auch die Dörfer erfasste. Bei großen Festen, in Mainz etwa zur Ehrung Gutenbergs, wurden politische Forderungen, allen voran die nach Pressefreiheit erhoben. Gerade auch die sich in den 1830er Jahren unter Kölner Einfluss verbürgerlichende Fastnacht übte trotz verschärfter Zensur beißende Kritik an den politischen Zuständen. Zu einer auch politischen Massenbewegung wuchs sich in der Mitte der 1840er Jahre der Deutschkatholizismus aus, dem sich viele Anhänger der Opposition (und später führende Revolutionäre) anschlossen.

Aktive Revolutionäre

Als dann im März 1848, ausgehend von den Ereignissen in Paris, in Deutschland die Revolution ausbrach, zählte Rheinhesen von Anfang an zu den aktivsten Regionen Deutschlands. Von hier kamen bekannte Liberale, allen voran der seit den 1830er Jahren auf seinem Monsheimer Gut lebende Heinrich von Gagern, der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, vor allem aber die radikalsten Demokraten. Hier wurde ein Mobilisierungsgrad erreicht, messbar etwa an einer Vielzahl von demokratischen und in geringerem Maß auch liberalen Vereinen, der im hessischen Vergleich, aber auch deutschlandweit kaum überboten wurde. Das hatte viele Ursachen. Zweifelsohne gehören die Erfahrungen und Folgen der Jahre zwischen

*Heinrich v. Gagern,
Quelle: Trierer Portraitdatenbank,
www.tripota.uni-trier.de*

*Freischärler und Turner in Wendelheim,
Maler: Georg Wehsarg
Fotograf: Thomas Huckle*

1792/93 und 1814, also von der Mainzer Republik bis zum Ende der napoleonischen Ära, dazu. Die personelle – oder eher – familiäre Kontinuität wird an Akteuren wie Germain Metternich oder Eduard Lehne deutlich, deren Väter schon in der Mainzer Republik mitwirkten. Die starke Politisierung im Vormärz, die ständigen Auseinandersetzungen mit Darmstädter Regierungen, die Abwehr rechtlicher Verschlechterungen und administrativer Zentralisierung, ein über Zeitungen, aber auch über Formen direkten Austausches verdichtetes Kommunikationswesen, ein intensiver Austausch zwischen Stadt und Land, eine Einübung in Massenveranstaltungen über öffentliche Feste und nicht zuletzt über die Mainzer Fastnacht und vielleicht auch das Bewusstsein für eine Eigendynamik der Provinz Rheinhesen zählen sicher dazu. Es sind aber auch strukturelle Vorbedingungen in Erwägung zu ziehen: eine Bevölkerungsdichte, die schnelle Information und schnelle Mobilisierung vereinfacht; ein aufgrund von Realernteilung weniger polarisiertes soziales Gefüge, das bei allen sozialen Unterschieden Verständigung ermöglicht; die Städtedichte; die selbst ohne Eisenbahn günstige Verkehrssituation; eine – wie bei vielen Revolutionen beobachtet – aufgrund der Bevölkerungsentwicklung hohe Anzahl junger Männer; ein insgesamt guter Bildungsstand mit hohem



Alphabetisierungsgrad; nicht zuletzt aber auch: gut ausgebildete, charismatische Akteure, die offensichtlich große Teile der Bevölkerung ansprechen konnten. Auch nach der Niederschlagung der Revolution wählte Rheinhessen weiterhin demokratisch.

Nach der Revolution

Selbst das wieder eingeführte Dreiklassenwahlrecht, das Verbot der politischen Vereine und die Einschränkungen der Presse konnten die oppositionelle Bewegung nicht völlig zum Schweigen bringen. In der Fortschrittspartei sammelten sich die Liberalen, die sich jetzt aber nach Preußen orientierten, während sich der politische Katholizismus gegen den Liberalismus und auch gegen Preußen positionierte. Die rheinhessische Haltung in der Zeit der Einigungskriege war daher nicht einheitlich. Die Positionierung der hessen-darmstädtischen Regierung auf der Seite Österreichs und gegen Preußen im Jahr 1866 war umstritten. Spätestens nach dem Sieg Preußens wurden die Argumente gegen eine Zweiteilung Deutschlands und für eine Annäherung an Preußen auch mit wirtschaftlichen Gründen unterlegt, da man sich nicht von den wichtigsten Absatzgebieten für Wein und Getreide abschnüren lassen wollte. Es blieb allerdings auch bei skeptischen Haltungen gegenüber einer preußischen Vorherrschaft und insbesondere gegenüber Bismarck. Der Euphorie von 1871 nach dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung folgte dann schon schnell wieder die politische Auseinandersetzung zwischen den sich jetzt auch parteipolitisch verfestigenden Lagern. Dabei ist eine sozial und konfessionell differenzierte Entwicklung in Rheinhessen zu beobachten. Im überwiegend protestantischen Süden waren die Nationalliberalen unter ihrer Galionsfigur Cornelius Wilhelm von Heyl, dem Wormser Lederfabrikanten und



Ludwig Bamberger,
Quelle: Trierer Portraitdatenbank,
www.tripota.uni-trier.de

Bismarck-Anhänger, die unangefochten dominante Kraft. Im Norden dagegen erstarkte angesichts der Bedrängungen im Kulturkampf das katholische „Zentrum“. In Mainz konnten sozialdemokratische Politiker trotz der Einschränkungen des Sozialistengesetzes schon 1881 die Mehrheit bei einer Reichstagswahl erringen.

In Bingen und Umland verhalfen währenddessen linksliberale, freisinnige Wähler dem ehemaligen 1848er Revolutionär und Bismarckberater Ludwig Bamberger nach dessen Bruch mit den Nationalliberalen zur Beibehaltung seines Reichstagsmandates.

Eine schnell wachsende Bevölkerung

In der politischen Differenzierung spiegeln sich die unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen in der Region wider. Die Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert war durch ein erhebliches Wachstum gekennzeichnet. Von 160.000 Einwohnern im Jahr 1817 stieg die Bevölkerungszahl bis 1910 auf über 380.000 Menschen an und das, obwohl im gleichen Zeitraum Zehntausende aus Rheinhessen abwanderten. Bereits im frühen 19. Jahrhundert wurden mehr Menschen geboren als starben. Im späten 19. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung noch schneller, da sich die Sterblichkeit, insbesondere die der Säuglinge und Kinder, merklich verringerte, die Geburtenrate aber weiterhin hoch blieb. Dass die Stadt Mainz und ihr Umland weit überdurchschnittlich anwachsen, zeigt die beschleunigte Land-Stadt-Wanderung an, die mit der Anziehungskraft der städtischen Industrie zu erklären ist.

Das schnelle Bevölkerungswachstum stellte die junge Provinz Rheinhessen schon früh vor Probleme. Bereits um 1800 war (das spätere) Rheinhessen eine der dichtbesiedeltesten Regionen im deutschsprachigen Raum. Gute Boden- und Klimaverhältnisse hatten im Unterschied zu anderen Gegenden hier dazu geführt, dass viele Familien mit nur wenig Landbesitz über eine einigermaßen ausreichende Lebensgrundlage verfügten. Angesichts der Realerbteilung, also der Teilung des elterlichen Besitzes zu gleichen Teilen an alle Nachkommen, und der damit verbundenen fortschreitenden Parzellierung des Landes, konnten schon im 18. Jahrhundert viele Familien kein ausreichendes Auskommen mehr erwirtschaften. Zwar gab es Alternativen zur Existenzsicherung im Tagelohn, Handwerk und Gewerbe, die aber häufig prekär blieben. Die Auswanderung nach Nordamerika und in geringeren Anteilen nach Brasilien oder Osteuropa war vor allem wirtschaftlich motiviert. Allerdings waren es häufig nicht die Ärmsten, die sich zu diesem Schritt entschlossen, sondern oft auch Angehörige der Mittelschicht, die einer ungewissen Zukunft in Deutschland den Neuanfang in Übersee vorzogen.

Rhein Hessische Juden

Juden wanderten in weit überdurchschnittlichem Ausmaß aus, was in etlichen Landgemeinden das Ende der jüdischen Gemeinden zur Folge hatte. Insgesamt war das 19. Jahrhundert durch die Integration der in Rheinhessen lebenden Juden gekennzeichnet. Die rechtliche Gleichstellung der Juden aus der französischen Zeit wurde 1816 nicht zurückgenommen, allerdings blieben auch einige diskriminierende Einschränkungen, die in der napoleonischen Zeit angeordnet worden waren, bis 1848/49 bestehen. Insgesamt aber, das lässt sich an der Aktivität jüdischer Mitglieder im entstehenden Vereinswesen und in politischen Gremien erkennen, kam es zu einer deutlichen Annäherung der jüdischen und der christlichen Bevölkerung. Das schloss Diskriminierungen und Vorurteile nicht aus, auch der aufkeimende Antisemitismus fand



Rheinhessen 1835, Quelle: Museum Alzey

in Rheinhessen – wenn auch in deutlich geringerem Maß als in anderen Regionen – Anhänger. Die Aussage des jüdischen Lehrers Heinemann Stern, der um 1900 in Gunterstblum wirkte, dass „das Verhältnis zwischen den Juden und (den Christen) absolut normal, das heißt freundschaftlich“ war, dürfte verallgemeinerbar für die meisten der rheinhessischen Städte und Dörfer gewesen sein.

Starke Landwirtschaft und beginnende Industrialisierung

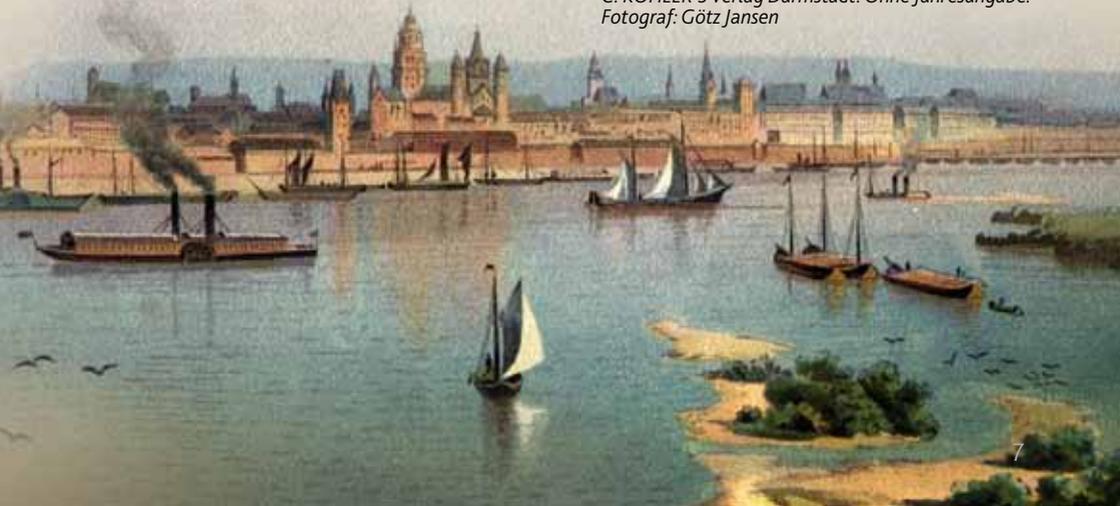
Dass es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgesehen von einigen Krisenjahren insgesamt gelang, die trotz Auswanderung wachsende Bevölkerung zu versorgen, lag an der Leistungssteigerung der Landwirtschaft, die sich gerade in Rheinhessen in besonders

schnellem Tempo vollzog. Bereits im 18. Jahrhundert hatten die rheinhessischen Bauern durch die von mennonitischen Pionieren in die Region eingeführten Innovationen ihre Anbauflächen, ihren Viehbestand und ihre Erträge erheblich steigern können. Die Durchsetzung der Kartoffel hatte zudem die Ernährung der landarmen Unterschicht gesichert. Schon mit drei Hektar Land konnte ein rheinhessischer Bauer um 1820 soviel erwirtschaften, dass Überschüsse zum Verkauf übrig blieben. Der Austausch der sogenannten „rationellen“ Landwirte im 1831 gegründeten Landwirtschaftlichen Verein, das in der zweiten Jahrhunderthälfte sich entwickelnde Ausbildungswesen mit Wanderlehrern, Winterkursen und die verbesserten Transportmöglichkeiten führten zu weiteren Fortschritten und einer Ausweitung der vermarktungsfähigen Produktion. Die insgesamt gute Lage des Agrarsektors wird dadurch belegt, dass ein Großteil der als „Höchstbesteuerter“ erfassten reichsten Einwohner Rheinhessens auf dem Land lebte und seine Einnahmen aus der Landwirtschaft, oft kombiniert noch mit anderen einträglichen Gewerben, erwirtschaftete. Auch die bis heute das Dorfbild prägenden großen bäuerlichen Anwesen, die in dieser Zeit entstanden waren, zeugen von der guten wirtschaftlichen Lage der Landwirte. Eher selten wurde Weinbau von spezialisierten Winzern betrieben, sondern war in der

Regel in die landwirtschaftlichen Betriebe eingebettet. Trotz aller Krisen, die durch Absatzschwierigkeiten, Steuern, Klima und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend auch durch Schädlingsbefall verursacht waren, war der Weinbau sehr einträglich. Er stellte nicht nur für die Produzenten von gut vermarktbareren Spitzenweinen, sondern auch für viele Kleinproduzenten durch Verkauf der Trauben, des Mostes oder des Weins die wichtigste Einnahmequelle dar.

Gerade der arbeitsintensive Weinbau, aber auch der zunehmende Arbeitskräftebedarf im Getreide- und Hackfruchtbau wurde schon zeitgenössisch als Erklärung für eine verspätete Industrialisierung Rheinhessens herangezogen. Außerdem fehlten der Region Bodenschätze. Allerdings bildete sich schon in der ersten Jahrhunderthälfte ein „industrialisiertes Handwerk“ heraus, indem in den Städten Unternehmen entstanden, die Möbel, Schuhe, Kleider und Kutschen in neuartiger Arbeitsorganisation als Massenprodukte herstellten. Von Anfang an in industriellem Ausmaß war die vor allem in Worms dominierende Lederfabrikation seit den 1830er Jahren praktiziert worden. Mit der Produktion von Bier und „moussierenden Weinen“ wurde auch die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte in industrialisierter Form betrieben.

Rheinschiffahrt in Mainz, ca. 1880, Quelle: „Der Rhein, Aquarelle von C.P.C. Köhler mit Schilderungen und Sagen, ausgewählt von Dräxler - Manfred C.P.C. Köhler C. KÖHLER'S Verlag Darmstadt. Ohne Jahresangabe.“ Fotograf: Götz Jansen



Seit dem späten 19. Jahrhundert expandierten die chemische Industrie und der Maschinenbau, die die industrielle Entwicklung Rheinhessens im 20. Jahrhundert bestimmen sollten. Neben Mainz und Worms etablierten sich noch weitere Industriestandorte in Rheinnähe: Mombach, Weisenau und Budenheim im Mainzer Umland und seit der Jahrhundertmitte Ingelheim. Wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die Vernetzung innerhalb der Region waren die Entwicklungen im Transport- und Kommunikationswesen. Die Bedeutung des Rheins als Hauptverkehrsader zeigte sich erneut an der Ansiedlung der Industrieunternehmen. Die Rheinschifffahrt wurde im 19. Jahrhundert durch mehrere Faktoren revolutioniert: Ausbau und Begradigungen des Flussbettes, die Vertiefungen der Fahrrinne und Bau von Hafenanlagen. 1825 legte das erste Dampfschiff in Mainz an. Vor allem im Personenverkehr erwies sich die Dampfschifffahrt in den kommenden Jahrzehnten als sehr erfolgreich. Die meisten Güter wurden allerdings noch im letzten Drittel des Jahrhunderts nicht von Dampfschiffen, sondern weiterhin von Segelschiffen transportiert. Die Eisenbahngeschichte Rheinhessens begann aber mit einiger Verspätung. Erste Pläne seit den 1830er Jahren, Mainz mit Frankfurt zu verbinden und eine linksrheinische Verbindung zu schaffen, scheiterten. Nur über das rechtsrheinische Kastel war Mainz an den Bahnverkehr angeschlossen, zudem verstärkte die Anschließung des Biebricher Hafens an die Taunusbahnlinie die Konkurrenzsituation mit dem Mainzer Hafen. Erst in den 1850er Jahren wurde die linksrheinische Strecke realisiert. In den folgenden Jahrzehnten wurden die innerrheinheissischen Bahnlinien ausgebaut, deren Verlauf die weitere Entwicklung der Städte und Dörfer bestimmte.

Ein gespaltenes Lebensgefühl

Dem wirtschaftlichen Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts stand auch in Rheinhessen ein gespaltenes Lebensgefühl gegenüber. Die Jugendbewegung suchte einen Aufbruch aus der kulturellen und politischen

Enge der wilhelminischen Gesellschaft. Auch Großherzog Ernst Ludwig ließ sich von den neuen Ideen des Jugendstils inspirieren und rief zwischen 1901 und 1914 vier Ausstellungen der Künstlerkolonie auf der Darmstädter Mathildenhöhe ins Leben. Carl Zuckmayer schreibt in seiner Autobiografie: „Unser Großherzog konnte der Sympathie seiner Landsleute, bis in die Kreise der radikalen Intellektuellen und der revolutionären Arbeiterschaft sicher sein.“

Der Erste Weltkrieg

In seinem erst 1927 erschienenen, aber ab 1916 verfassten „Kriegstagebuch der Stadt Alzey“ beschreibt der Realschullehrer Hans Bumann die Stimmung in der Kreisstadt vor der Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg am 1. August 1914. Am Abend des Attentats auf das Thronfolgerehepaar von Österreich vier Tage zuvor wird im Garten der Kasinogesellschaft das alljährlich Sommerfest gefeiert: „Während die Jugend bei Musik, Tanz und frohem



*Wiedersehen in der Heimat, Worms 1914
Quelle: Stadtarchiv Worms, Signatur Abt. 209 Nr. 2686*

Geplauder ihr seelisches Gleichgewicht rasch wieder findet, zeigen sich die älteren Gäste außerordentlich bestürzt“ Man hofft zunächst, dass die Diplomatie den drohenden Krieg abwenden kann. Nach der Bombardierung von Belgrad am 30. Juli beginnen Hamsterkäufe in der Stadt, Bürgermeister Dr. Heinrich Sutor ruft zur Mäßigung auf. Man trifft sich auf den Plätzen. Es herrscht eine ernste Stimmung.

Als die Mobilmachung bekannt wird, lässt man sich, so Carl Zuckmayer in seiner Autobiografie, von der „Gewalt des Augenblicks“ mitreißen: „Der Auszug der aktiven Armee hatte nichts von Kriegstauemel, Massen hysterie, Barbarei. Es war eine disziplinierte,

besonnene, ernst entschlossene Truppe.“ Die politische Propaganda entsprach dem Gefühl, einheitlich zusammenstehen zu wollen. Beim Abschied, so Bumann, winkten die Männer und die Frauen weinten. Man dachte, der Krieg werde wie der von 1870/71 bald zu Ende sein.

Auswirkungen des Krieges im Alltagsleben

Zwei Jahre später war klar, dass man sich getäuscht hatte. Lebensmittel wurden rationiert. In den Städten nahm der Mangel zu, auf dem Land die Unlust zur Ablieferung. Die Preise für Milch und Brot verdreifachten sich. Die Familien waren auseinandergerissen durch den Kriegsdienst der Männer. Zahlreiche öffentliche Gebäude dienten als Lazarette. Um Geldspenden für soziale Zwecke zu generieren, rief die Regierung die „Nagelungsaktionen“ ins Leben, bei der gegen Geld erworbene Nägel in Holz geschlagen wurden. Die 1916 eingeweihte Mainzer „Nagelsäule“ erbrachte 160.000 Mark für die Familien verwundeter Soldaten. In Worms kam es im Juni 1916 zu Hungerkrawallen.

In diese Zeit fiel die Einhundertjahrfeier Rhein Hessens, die kriegsbedingt bescheiden ausfiel. Am 8. Juli 1916 wurde eine Grußbotschaft von Großherzog Ernst Ludwig verlesen. Er begründete das Zusammenwachsen der links- und rechtsrheinischen Landesteile im Kaiserreich mit dem Ausbau der regionalen Infrastruktur, aber auch mit der gemeinsamen Kriegserfahrung: „Fester noch als das tägliche Leben hat das auf den Schlachtfeldern gemeinsam vergossene Blut mit den Söhnen der älteren hessischen Landesteile das ganze Hessenvolk mit dem grossen deutschen Vaterlande zusammengekittet.“ Aus der privaten Korrespondenz des reformorientierten Großherzogs kann man dagegen eine zunehmende Kriegs skepsis herauslesen. Der aus Wonsheim stammende evangelische Pfarrer Heinrich Bechtolsheimer beschrieb im Hauptteil der Festschrift von 1916 die regionale Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er suchte dabei

Nagelsäule, Quelle: Stadtarchiv Mainz



die positive Bewertung der napoleonischen Modernisierung durch die Rheinessen vor Verratsvorwürfen von nationaler Seite in Schutz zu nehmen.

Unruhige Zeiten

Im November 1918 wurden auch in Rheinessen an vielen Orten Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, überwiegend von Sozialdemokraten organisiert. In Mainz engagierte sich beispielsweise der Landtagsabgeordnete Bernhard Adelung, in Worms der Geschäftsführer des Konsumvereins Albert Schulte. Nach der Ausrufung der Republik ging es vor allem um die Aufrechterhaltung der Ordnung. Auf dem Alzeyer Obermarkt verlas der Stadtverordnete Lückel einen Text der neuen Regierung: „Der preußische

Militarismus ist zusammengebrochen. Die Monarchien lösen sich auf; das Volk übernimmt die Verwaltung, um das Reich vor dem Bolschewismus und damit der Selbstzerfleischung zu bewahren. Dazu ist es aber vor allem nötig, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Plünderungen und Belästigungen werden schwer bestraft.“ In Osthofen wurde ein Arbeiter- und Bauernrat gebildet, um die Landwirte einzubinden und ihnen gleichzeitig deutlich zu machen, dass zur Sicherstellung der Versorgung keine Lebensmittel zurückgehalten werden durften. Am 8. und 9. Dezember besetzten französische Truppen gemäß dem Waffenstillstandsvertrag Rheinessen. Einquartierungen und die neu erlassene Polizeiordnung, die das zivile Leben stark einschränkte, wurden als Belastung empfunden, die Einrichtung eines Versorgungsamtes zur „Bewirtschaftung der knappen Lebensmittel“ dagegen als Stabilisie-

rung des Alltags. Diese Einquartierungen endeten 1919 nach der Truppenstationierung in den Städten Mainz, Worms, Bingen und Ingelheim.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot belasteten die Bevölkerung jedoch weiterhin. 1923 eskalierte die Situation. Während ein Pfund Butter im Juni 10.000 Mark kostete, stieg der Preis bereits im Juli auf 300.000 Mark. In Worms stiegen die Arbeitslosenzahlen



„Notgeld“, Abbildung: Boehringer Ingelheim

von 600 im März auf 3.850 im November. Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich im Januar, rief die Regierung in Berlin den passiven Widerstand aus. Dem folgten vor allem die Bahnbeamten in Rheinessen, so dass es zu massenhaften Ausweisungen ins rechtsrheinische Hessen kam. Unterm Schutz des französischen Militärs riefen Separatisten in Mainz, Bingen, Worms und Alzey eine rheinische Republik aus und suchten eine Abspaltung der besetzten Gebiete voranzutreiben. Bei der Bevölkerung stieß das auf massive Ablehnung. Im September 1923 gab die Regierung Stresemann den passiven Widerstand auf, weil er nicht weiter finanzierbar war. Im Februar 1924 endete der separatistische Putsch. Die Währungsreform vom November 1923 beendete die Inflation, die Arbeitslosigkeit in Rheinessen blieb allerdings hoch. Der in Worms aufgewachsene Schriftsteller Georg K. Glaser

beschreibt in seinem Roman „Geheimnis und Gewalt“, wie er während seiner Obdachlosigkeit in den Hütten der Naturfreunde Lebensreformer aller Schattierungen kennen lernte: „Ich traf Nahrungs- und Kleidererneuerer, Gottsucher und Erneuerer des Beischlafs und der Art, die Toten zu bestatten. Seltsam war, daß alle felsenfest davon überzeugt waren, den einzigen Hebel zu besitzen, die Welt aus den Angeln zu heben.“

Das Leben geht weiter

Die Republik, die erstmals seit 1848 wieder freie Wahlen ermöglichte, löste sowohl Aufbruchsstimmung als auch Ablehnung aus. In den Städten entstanden demokratische Kulturinstitutionen wie Volkshochschulen, Volksbühnen und Volksbüchereien, in Mainz vorbildlich gefördert von Bernhard Adelung, mittlerweile Bürgermeister. Richard Kirn, der bei der freisinnigen Wormser Volkszeitung

sowohl für Fußball als auch für Kultur zuständig war, schrieb über eine 1928 gastierende Revue: „Man sucht Erholung vom Ernst, Ausruhen von der Arbeit, Lust nach der Last im buntgeschüttelten Kaleidoskop der Revue. Daher: Kostüme farbenhell, Frauenschönheit freigebig, Kulissen grotesk, Sprache keck, Musik sehr variiert, grell und süß, dumpfer Trommelschlag und helles Saxophongequake.“ Anfang der 1930er Jahre gingen die „Comedian Harmonistes“ auf Tournee im Südwesten und traten auch in Mainz und Worms auf. Jazz fand seinen Weg auch auf dörfliche Tanzböden. Auch auf dem Land wurden Kinos gegründet wie 1923 in Flonheim. Nachdem die französische Besatzung 1925 das Verbot öffentlichen Maskentreibens aufgehoben hatte, kam es zu einem Neuanfang der bereits vor dem Krieg in der ganzen Region verbreiteten Fastnacht, vor allem mit Maskenbällen.

Flonheim, Kirchenmusikverein Cäcilia 1925, Quelle: KMV Cäcilia Flonheim



Politische Lager

Mit dem in Berlin uraufgeführten Lustspiel „Der fröhliche Weinberg“ hatte Carl Zuckmayer großen Erfolg auf vielen deutschen Bühnen. Er stellte die Region in ihren demokratischen

Traditionen dar und hob ihre antipreußische Einstellung hervor. Sowohl in Berlin als auch in Rheinessen traf das allerdings auch auf Ablehnung im nationalen Lager. Hier waren zum einen enttäuschte

und deklassierte Offiziere aus dem Weltkrieg aktiv, zum anderen die Nationalisten des Kaiserreichs (Alldeutscher Verband) und

vor allem das nationalprotestantische Milieu. Das Großherzogtum hatte eine protestantische Staatskirche garantiert. Dass man sich davon 1918 verabschieden musste, trieb viele Pfarrer und protestantische Laien ins nationale Lager und in die Politik, so bei der Deutschen Volkspartei (DVP) oder der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Da eine Universität fehlte, übernahmen nationalprotestantisch gesinnte Pfarrer die Aufarbeitung der Volkskunde mit Tänzen, Liedern und Bräuchen, überwiegend auf dem Land. Ein großer Teil der Landwirte wählte bäuerliche Interessenparteien wie den Hessischen Bauernbund, der vor allem in den stark protestantisch und liberal geprägten Kreisen Alzey und Oppenheim erfolgreich war. Im Wormser Raum wirkten die nationalliberalen Mehrheiten der konservativen „Wormser Ecke“ um den Lederindustriellen C.W. von Heyl lange nach und sicherten der rechtsliberalen DVP Mehrheiten. Lediglich in den Städten Mainz und Worms fasste die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stärker Fuß. Insgesamt kamen SPD, die katholische Zentrumspartei und die linksliberale Deutsche Demokratische

Partei (DDP) bis 1932 in den Kreisen Mainz und Bingen auf absolute Mehrheiten. Hier schlugen die städtischen und katholischen Milieus durch. Im Süden gelang das nur bis 1928 bzw. 1930 (Oppenheim). In den Kreisen Alzey und Worms gingen die Anteile der DDP und der DVP im Laufe der 1920er Jahre von einem Drittel der Stimmen auf unter ein Zehntel zurück. Hier lagen auch die Zentren von Hitlers Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei (NSDAP).

Die Anfänge der NSDAP in Rheinessen

Nach der Aufhebung des Parteienverbots 1925 kam es zunächst zu Ortsgruppengründungen der NSDAP in Osthofen, Bechtheim, Guntersblum, Gau-Odernheim und Framersheim, danach in Alzey und Stackeden, alles ländlich und protestantisch geprägte Gemeinden. Über das universitäre Milieu in München und Heidelberg hatten sich bereits junge Intellektuelle im rechten Lager radikalisiert, so der spätere nationalsozialistische Kulturpolitiker und Führer der Schutzstaffel (SS), Hans Hinkel aus Worms oder der spätere SS-Obergruppenführer Werner Best aus Mainz, der als theoretischer Kopf der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gilt. In den Führungskadern der rheinhessischen NSDAP kann man zwei Gruppen unterscheiden, zum einen die nach 1900 geborenen, mit schwachen Vaterbildern aufgewachsenen Kriegskinder wie Hinkel und Best, zum anderen größeren Teil die um 1890 geborenen Weltkriegssoldaten, meist im Leutnantsrang. Fast alle hatten studiert (oft Medizin oder Jura), die meisten waren evangelisch und hatten sich gegen die französische Besatzung positioniert. So wurde der Kreisleiter der NSDAP in Alzey, Dr. Karl Schilling, 1924 von einem französischen Kriegsgericht verurteilt, aber aufgrund des Londoner Abkommens im gleichen Jahr amnestiert.

Sozialgesetzgebung

Im Dezember 1924 ordnete die Reichsregierung das Fürsorgewesen neu und gab die sozialpolitischen Aufgaben zurück in die kommunale



Carl Zuckmayer

Quelle: Carl-Zuckmayer-Gesellschaft e.V.

Selbstverwaltung. „Hinausgehend über die Sozialversicherungsgesetzgebung des Kaiserreichs wurde nun endlich die Forderung nach Einführung einer Arbeitslosenversicherung erfüllt.“ Der sozialdemokratische Rechtswissenschaftler Hugo Sinzheimer aus Worms gilt als „Vater des Arbeitsrechts“. Die Behebung der Wohnungsnot war eine weitere wichtige Aufgabe in den Kommunen. An den Stadträndern entstanden zahlreiche Kleinsiedlungen wie der von der vom Holzindustriellen Josef Himmelsbach errichtete Rundbau in Bingen-Kempton (1924) oder die in Selbsthilfe errichtete Siedlung Rohrlache in Worms (1932). Mietblocks entstanden wie in der Mainzer Neustadt (Goethe- und Schubertstraße ab 1928) und Behelfshäuser (Baracken), so der „Armenhof“ in Alsheim. Der überwiegende Teil der Wohnungen wurde durch die Kommunen selbst oder mittels kommunaler Zuschüsse errichtet.

Ende der Besatzung

1930 endete die Besatzungszeit. Im kurze Zeit danach erschienenen „Heimatbuch Rheinhessen“ heißt es im Vorwort von Franz Joseph Spang und Heinrich Wothe: „Als zur Mitternachtsstunde am 30. Juni in allen Dörfern und Städten des bisher besetzten Gebietes die Glocken die endliche Befreiung einläuteten, da schlugen alle Herzen höher in gemeinsamer Freude.“ In Worms wurde das Ereignis mit einem Fackelzug und einer Illumination des Domes gefeiert, am Bismarckturm in Ingelheim

wurde ein Mitternachtsfeuerwerk abgebrannt. Wie 1918 wurden auch 1930 unterschiedliche politische Konsequenzen gezogen. Während das nationalistische Lager sich in der Ablehnung der Republik bestätigt sah, die es als von außen verordnet empfand, setzten die regierenden Parteien auf Völkerverständigung. So schrieb Schulrat Heinrich Hassinger, der im Ministerium für Kultur und Bildungswesen für Volksbildung verantwortlich zeichnete, in seinem Vorwort: „Wenn jemand Verständnis dafür haben kann, der Verständigung und dem guten Einvernehmen der Völker untereinander das Wort zu reden, so haben wir es, die Anwohner der Grenzen, die immer wieder vom Schicksal Betroffenen.“

Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise 1929 ließ die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen. Ihr ging eine Weltagrarkrise voraus, die durch massive Preiseinbrüche auch den ländlichen Raum betraf. Da die Arbeitslosenunterstützung nach einem halben Jahr auslief, verdoppelte sich z.B. in Mainz bis 1930 die Zahl der Wohlfahrtsempfänger. Die schwierige Zeit der Besatzung hatte die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinhessen behindert, so dass hier die Arbeitslosenzahlen im November 1930 deutlich höher lagen als im Reich (10,5 Prozent): Mainz 18,4 Prozent und Worms sogar 21,5 Prozent. In Worms war es bereits im Januar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen

Hitler bei einer Kundgebung im Alzeyer Wartbergstadion im Juni 1932, Quelle: Museum Alzey.



zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstranten gekommen. Die kommunale Fürsorge war alsbald überfordert. Der Höchststand an Arbeitssuchenden wurde im Juli 1932 erreicht. Gewalt wurde alltäglich, nicht nur in politischen Auseinandersetzungen. In seinem Roman „Geheimnis und Gewalt“ stellt Georg K. Glaser fest, daß „alle, die man in Ermordete, Mörder und Zeugen scheidet, im selben Banne befangen“ gewesen seien.

Aufstieg der NSDAP

Bei der hessischen Landtagswahl im November 1931 wurde die NSDAP mit 35,8 Prozent erstmals stärkste Partei. Zentrum und SPD kamen zusammen auf 40,5 Prozent, die KPD erhielt 12,7 Prozent. Obwohl die Nationalsozialisten in den ländlich und protestantisch, früher liberal geprägten Kreisen Alzey und Oppenheim bei der Reichstagswahl im Juni 1932 eine absolute Mehrheit der Stimmen von 52 Prozent erreichten, blieben sie in ganz Rheinhessen knapp unter 40 Prozent. Erst in den Jahren dauernder Wahlkämpfe ab 1931 kam Hitler zu Kundgebungen in die rheinhessischen Städte. Als Gegenkraft zur Harzburger Front, in der sich die nationalistischen Gegner der Weimarer Republik zusammengeschlossen hatten, wurde auf Initiative des sozialdemokratisch dominierten Reichsbanners Schwarz Rot Gold die Eiserner Front gegründet. Deren Symbol, drei Pfeile und der Ruf „Freiheit“, waren u.a. vom Darmstädter Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff entwickelt worden. Als Reichspräsident Hindenburg Hitler am Wahlabend des 10. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt hatte, kam es zu Fackelzügen der NSDAP, aber auch der Eisernen Front. Mit Hilfe von Notverordnungen ergriff die NSDAP reichsweit die Macht. Nach der bereits unter massiven Behinderungen der politischen Gegner durchgeführten Reichstagswahl vom 5. März, bei der die NSDAP in Rheinhessen 42,5 Prozent erreichte, setzte sofort die staatliche Verfolgung ein. Als Chef der hessischen Polizei errichtete Werner Best am 1. Mai offiziell das Konzentrationslager Osthofen. Bis zum Juli 1934 waren hier mindestens 3.000 Personen

inhaftiert. *„In der Mehrheit gehörten sie der KPD oder einer ihrer Nebenorganisationen an oder aber der SPD. Unter den Häftlingen befanden sich Anhänger des Reichsbanners, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Zentrums, des katholischen Jungmännervereins, der „Zeugen Jehovas“ sowie Separatisten, Sinti und ein für ein frühes KZ-Lager erstaunlich hoher Anteil von jüdischen Häftlingen. Zwar ist in Osthofen kein Häftling ums Leben gekommen. Sie waren jedoch ständigem Terror, Misshandlungen und Demütigungen durch die Wachleute ausgesetzt. Allen voran die jüdischen Häftlinge, die besonders unter ihren Peinigern zu leiden hatten.“* (Webseite Gedenkstätte). Mit der „Gleichschaltung“ aller Institutionen auf Parteilinie festigte die NSDAP ihre Macht. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, kurz Berufsbeamtengesetz (BBG), wurde am 7. April 1933 erlassen und erlaubte es den nationalsozialistischen Machthabern, jüdische und politisch missliebige Beamte aus dem Dienst zu entfernen. Gewählte Bürgermeister wurden abberufen und durch NSDAP-Parteimitglieder ersetzt. Das bedeutete vor allem für viele jüngere Parteigliedern einen schnellen beruflichen Aufstieg in höhere Positionen. Aber auch das Vereinsleben wurde auf Parteilinie gebracht. So stellte die TG 1847 Nieder-Ingelheim auf einem „Gleichschaltungsabend“ nach Vorgaben der Deutschen Turnerschaft auf das Führerprinzip um und schloss bereits im Mai 1933 neun jüdische Mitglieder aus. Der Mainzer Bischof Ludwig Maria Hugo blieb allerdings bei seiner bereits 1930 verkündeten Position, dass man nicht gleichzeitig Katholik und Mitglied der NSDAP sein könne. Bei den Wahlen innerhalb der Evangelischen Kirche dagegen waren 1933 die regimetreuen „Deutschen Christen“ erfolgreich, nicht zuletzt wegen staatlicher Einflussnahmen auf die kirchliche Struktur. Nach Angaben von Grunwald vereinigte „in Hessen der Nationalsozialist Ministerialdirektor August Jäger die bis 1933 selbstständigen Landeskirchen Hessen, Nassau und Frankfurt am Main zur neuen Landeskirche Nassau-Hessen. Gegen diese Einflussnahme formierte sich ab 1934 die Gegenwehr der Bekennenden Kir-

che, die sich an der Weimarer Verfassung mit der Trennung von Staat und Kirche orientierte.

Kultur im Nationalsozialismus

Der NS-Staat nutzte auch die Massenkultur. Bereits in der Zeit der Republik geplante Feste wie das Wormser Backfischfest oder das Alzeier Winzerfest fanden 1933 erstmals statt und wurden ebenso wie Fastnachtsumzüge mit Kapellen der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) und Motivwagen als Propagandaplattformen genutzt. Der Wormser Hans Hinkel avancierte 1933 zum Leiter des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ und übernahm in den Folgejahren weitere hohe Funktionen in der vom „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ dominierten Kulturpolitik. Der katholische Wormser Stadtarchivar Dr. Friedrich Maria Illert bemühte sich bereits im Sommer 1933 um die Unterstützung des NS-Staats für ein „Nibelungenjahr 1936“ mit Blick auf den 1500. Jahrestags des Untergangs des Burgunderreiches am Rhein. Aus dieser Initiative entstanden die von 1937 bis 1939 mit Förderung aus Berlin finanzierten Nibelungenfestspiele. Die Exilautoren schrieben gegen die Diktatur an. Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“, Carl Zuckmayers Drama „Des Teufels General“ oder Rudolf Rockers Kulturgeschichte „Nationalismus und Kultur“ konnten aber erst nach Kriegsende in Deutschland öffentlich werden.

Wirtschaftsentwicklung in den 1930er Jahren

In den 1930er Jahren erholte sich die Konjunktur weltweit. Die Senkung der Arbeitslosenzahlen erhöhte die Akzeptanz für den NS-Staat. Seine Beschäftigungsmaßnahmen setzten teilweise Modelle aus der Republik fort. Dazu

April 1933 für alle sichtbar: Das Konzentrationslager in Osthofen. Quelle: Stadtarchiv Worms, M24033. Fotograf: Leo Hanselmann

kamen staatliche Investitionen in die Rüstungsindustrie, die Verdrängung jüdischer Bürger vom Arbeitsmarkt und kurzzeitige Propaganda-Aktionen wie zum Abbau von Kurzarbeit in der Wormser Lederindustrie 1935.

Verfolgung und Widerstand im NS-Staat

In der Nacht zum 10. November 1938 erreichten die vom nationalsozialistischen Regime organisierten Ausgrenzungen der Juden einen neuen gewaltsamen Höhepunkt. In 27 Städten und Dörfern Rhein Hessens wurden Synagogen und Beträume zerstört. Häuser



10. November 1938: In Guntersblum werden jüdische Bürger durch das Dorf getrieben, Quelle: Landesarchiv Speyer

von jüdischen Familien wurden geplündert. In Wöllstein wurde der 74-jährige jüdische Metzger Adolf May ermordet. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Offiziell verließen bis 1941 2.335 rheinhessische Juden das Land. Für die verbliebenen etwa 3.000 Personen begann im März 1942 die Deportation in die Vernichtungslager. Zwischen 1940 und 1943



wurden auch die rheinhessischen Sinti deportiert. Mindestens 800 Menschen sind auf Grund der rassistischen „Euthanasie“ ermordet worden. Mehr als zwei Drittel davon waren in der Heil- und Pflege-Anstalt Alzey untergebracht. Widerstand kam vor allem aus Kreisen der Arbeiterbewegung, auch aus dem politischen Katholizismus und der Bekennenden Kirche. Dazu gehörten Sozialdemokraten wie Ludwig Schwamb aus Undenheim, Jakob Steffan aus Oppenheim und Zentrumspolitiker wie Fritz Bockius aus Bubenheim. Immer mehr und immer jüngere Jahrgänge wurden ab Kriegsbeginn 1939 zum Militär eingezogen. Ab 1942 kam es zu Bombardierungen der Alliierten auf rheinhessische Städte. Etwa 4.000 Menschen starben durch Fliegerangriffe. In Mainz wurden dadurch 54 Prozent der Wohnungen zerstört, in Worms 35 Prozent und in Bingen 30 Prozent.

Das Ende der NS-Diktatur und der Neuanfang in Rheinhessen

Im März 1945 wurde Rheinhessen von amerikanischen Truppen besetzt. Kurz zuvor waren die meisten NS-Funktionäre auf die rechte Rheinseite geflüchtet und ließen die Brücken hinter sich sprengen. In Wonsheim und Hechtsheim wurden dennoch Bürger, die weiße Fahnen hissten, von den alten Machthabern exekutiert.

Bereits im April suchte die Militärregierung, die Bahnverbindungen und die Stromversorgung wieder zu sichern. Die Amerikaner installierten provisorische Verwaltungen. Am 28. Mai 1945 wurde Jakob Steffan zum rheinhessischen Regierungspräsidenten mit Sitz im Erthaler Hof (Mainz) ernannt. Französische Truppen ersetzten die Amerikaner am 10. Juli.



Jakob Steffan

Quelle: Archiv des Landtags RLP

Die Versorgungslage blieb bis 1947 schlecht, die Lebensmittelrationen sanken auf 800 bis 900 Kalorien pro Tag. „Der Wiederaufbau verzögerte sich durch Beschlagnahmungen, Demontagen und die strenge Zonenabgrenzung.“

Noch bevor die französische Militärregierung unter General Marie-Pierre König Ende August 1946 die Bildung des neuen Landes Rheinland-Pfalz mit Mainz als Landeshauptstadt anordnete, wurde auf Betreiben des Germanisten Raymond Schmittlein, Leiter der französischen Bildungs- und Kulturabteilung, am 1. März die Mainzer Universität neu gegründet. Später folgten die Hochschulen in Worms und Mainz sowie die Fachhochschule Bingen und die Katholische Hochschule in Mainz. Und am 31. März 1946 ging der Südwestfunk (heute SWR) als Rundfunkanstalt für die französische Zone auf Sendung.



1945, das zerstörte Worms, Quelle: Stadtarchiv Worms

Abstimmung über Landesverfassung und erste Landtagswahl

Bei der ersten Landtagswahl am 18. Mai 1947 erhielten CDU und SPD in Rheinhessen jeweils fünf Sitze, die Liberalen zwei und die KPD einen Sitz. Bei der am gleichen Tag durchgeführten Volksabstimmung über die Landesverfassung verweigerten die Rheinhessen mit 53,2 Prozent ihre Zustimmung. Man fühlte sich vom katholisch-konservativen nördlichen Teil majorisiert. Das kam besonders in der mit 67 Prozent noch deutlicheren Ablehnung der Schulartikel zum Ausdruck, mit denen die katholische Kirche Bekenntnisschulen einführen wollte.

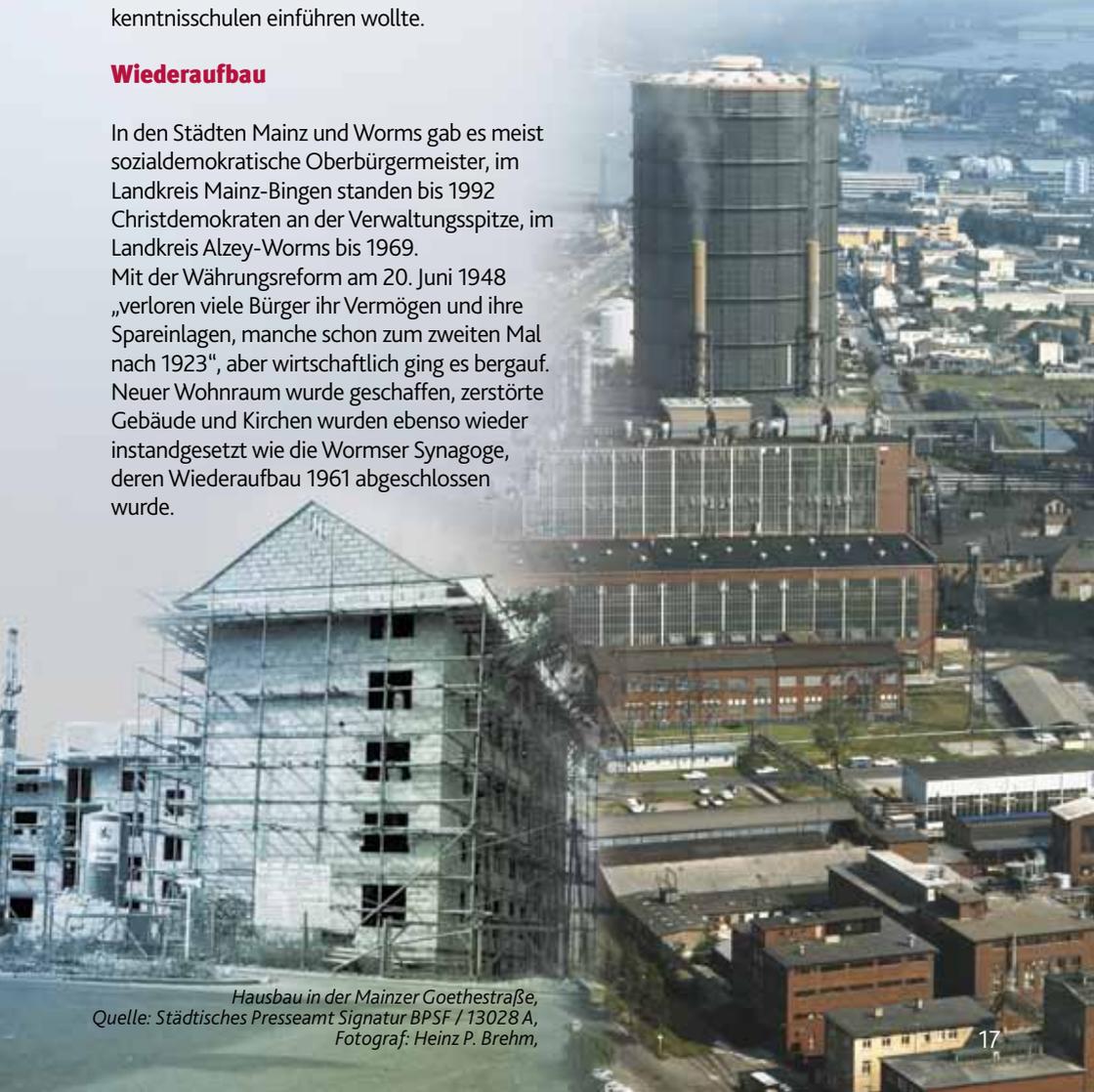
Wiederaufbau

In den Städten Mainz und Worms gab es meist sozialdemokratische Oberbürgermeister, im Landkreis Mainz-Bingen standen bis 1992 Christdemokraten an der Verwaltungsspitze, im Landkreis Alzey-Worms bis 1969.

Mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 „verloren viele Bürger ihr Vermögen und ihre Spareinlagen, manche schon zum zweiten Mal nach 1923“, aber wirtschaftlich ging es bergauf. Neuer Wohnraum wurde geschaffen, zerstörte Gebäude und Kirchen wurden ebenso wieder instandgesetzt wie die Wormser Synagoge, deren Wiederaufbau 1961 abgeschlossen wurde.

Auch Industrie und Handel kamen wieder in Schwung. Neben der Eröffnung kleiner Geschäfte und der Gründung zahlreicher mittelständischer Existenzen setzten Industriebetriebe wie Boehringer Ingelheim und die Schott AG in Mainz ihre Arbeit fort und dehnten sich zu weltweit agierenden Unternehmen aus. Der Rhein als eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas und seine Häfen begünstigen den Transport der Güter in alle Welt.

*Kraftwerke Mainz-Wiesbaden am Mainzer Industriehafen
Quelle: Landeshauptarchiv Koblenz,
Fotograf: Wolfgang Lemp*



*Hausbau in der Mainzer Goethestraße,
Quelle: Städtisches Presseamt Signatur BPSF / 13028 A,
Fotograf: Heinz P. Brehm,*

Kunst und Kultur in der Region

Kultur war in Stadt und Land ein Bedürfnis, sei es in den Stadttheatern oder in den Vereinen. 1955 wurde erstmals eine Mainzer Fastnachts-sitzung im Fernsehen übertragen. Bis heute prägt dieses alljährliche Ritual das Bild der Region nach außen. Im Jahr 1961 wurde mit dem Verein Rheinhessenwein die regionale Weinwerbung gegründet.

Das ZDF auf dem Mainzer Lerchenberg ging 1963 auf Sendung. Die beiden Mainzer Medienanstalten und die Universität schufen ein Milieu, das sich auch im Kulturleben Gehör verschaffte. Der gebürtige Nieder-

rheiner Hanns Dieter Hüsich (1925–2005) studierte hier Theaterwissenschaft, Literaturwissenschaft und Philosophie. 1956 gründete er das Kabarett „arhe nova“. 1966 entstand die Kleinkunstbühne „unterhaus“, zwei ihrer Gründer waren beim ZDF beschäftigt. Das „unterhaus“ wurde zur Hausbühne von Hüsichs; das Deutsche Kabarettarchiv – beheimatet im unmittelbar benachbarten Proviantamt in Mainz – setzte ihm ein Denkmal. 1975 wurde das Mainzer

Hanns Dieter Hüsich 1977

Quelle: Deutsches Kabarettarchiv Mainz

„Open Ohr Festival“ gegründet. Während sich hier die Szene der 68er engagierte, kam beim 1971 erstmals durchgeführten „Folk Festival“ in Ingelheim die etwas jüngere alternative Szene zusammen.

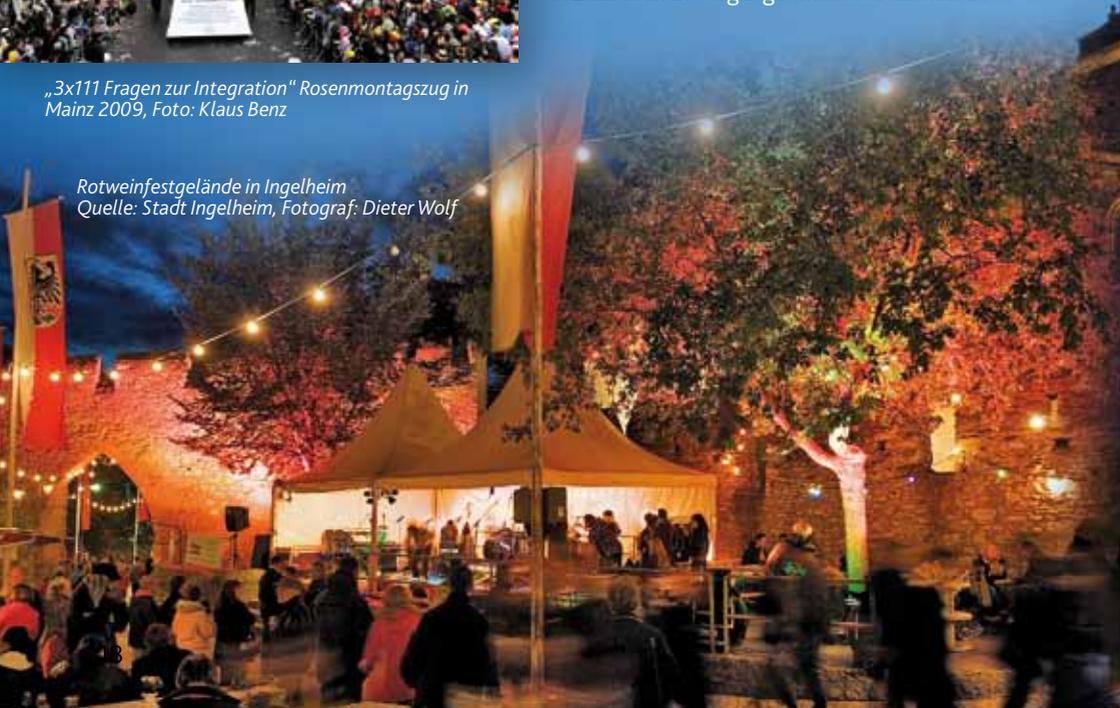
Gedenkarbeit in ehemaligen KZ

Mehr als 40 Jahre nach Kriegsende begann 1986 eine intensive Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Rheinhessen



„3x111 Fragen zur Integration“ Rosenmontagszug in Mainz 2009, Foto: Klaus Benz

Rotweinfestgelände in Ingelheim
Quelle: Stadt Ingelheim, Fotograf: Dieter Wolf



mit der Gründung des Fördervereins Projekt Osthofen. 1991 erwarb das Land Rheinland-Pfalz die Liegenschaft des ehemaligen KZ Osthofen, in deren Räumen sich heute die Gedenkstätte und das NS-Dokumentationszentrum des Landes in Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung befindet.

Politisch-strukturelle Veränderungen in Rheinhessen

Im Zug der heftig diskutierten Verwaltungsreform von 1968 wurden Ortsgemeinden in Städte eingemeindet, Verbandsgemeinden (VG) gebildet, die Landkreise zusammengelegt und der Regierungsbezirk Rheinhessen mit der Pfalz fusioniert. Die bis dahin rheinhessischen Gemeinden der heutigen VG Bad Kreuznach kamen zum gleichnamigen Landkreis und somit zum Regierungsbezirk Koblenz. In der Verwaltungsreform von 2015 suchten sie einen Zusammenschluss mit der rheinhessischen VG Wöllstein. Mit der Umstrukturierung der Landesverwaltung zum 1. Januar 2000 wurden alle Regierungsbezirke im Land aufgelöst. Rheinhessen als politische Einheit war nicht mehr existent.

Rheinhessen strahlt aus

Vielleicht gerade deswegen bildeten sich regionale Netzwerke in der Touristik (1987), im Marketing (2000) und im Dachmarkenprozess (2005) sowie in der Kultur (2005). Die umfangreiche Netzwerkarbeit steht beispielhaft für die nachhaltige Weiterentwicklung als Region. Dabei spielt Rheinhessen als innovatives Weinbaugebiet eine besondere Rolle. Der Weinbau ist nicht nur Existenzgrundlage für zahlreiche Winzer und ihre Familien, sondern gehört zur Identität der Region, was sich durch viele kleine Weinfeste in der ganzen Region widerspiegelt. Mit dem Wormser Bachfischfest, dem Weinmarkt und dem Johannisfest in Mainz, dem Rhein in Flammen in Bingen, dem Alzeyer Winzerfest und nicht zuletzt dem Rotweinfest in Ingelheim zieht Rheinhessen zudem jährlich zahlreiche Gäste an aus nah und fern. Den Namen „Rheinhessen“ hat aber auch der seit 2009 in der Bundesliga präsente Fußballverein Mainz 05 bundesweit bekannt gemacht.

Als kultureller Höhepunkt in der Festspiel-landschaft haben sich seit 2002 auch die jährlich veranstalteten Wormser Nibelungenfestspiele etabliert und für große überregionale

*Nibelungenfestspiele Worms - Tribüne vor dem Dom
Quelle: Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms,
Fotograf: Bernward Bertram*



Aufmerksamkeit gesorgt. Die Aufführungen mit namhaften Regisseuren, Schauspielerinnen und Schauspielern vor der Domkulisse haben Ausstrahlung weit über Rheinland-Pfalz hinaus.

Autoren:

Gunter Mahlerwein, 1816-1914
Volker Gallé, 1914-2016

Redaktion: Marianne Rohde

Literatur:

- Heinrich Bechtolsheimer, Julius Reinhard Dietrich, Kurt Strecker: Beiträge zur rheinhesischen Geschichte, Festschrift der Provinz Rheinhessen zur Hundertjahrfeier 1816-1916, hrsg. von der Historischen Kommission des Großherzogtums Hessen, Mainz 1916
- Hedwig Brüchert-Schunk: Städtische Sozialpolitik vom wilhelminischen Reich bis zur Weltwirtschaftskrise, Stuttgart 1994
- Hans Bumann: Kriegstagebuch der Stadt Alzey, Alzey 1927
- Gedenkstätte KZ Osthofen / NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz (www.gedenkstaette-osthofen-rlp.de)
- Georg K. Glaser: Geheimnis und Gewalt, Reinbek 1983

- Klaus-Dieter Grunwald/Ulrich Oelschäger: Evangelische Landeskirche Hessen-Nassau und Nationalsozialismus
- Klaus Dietrich Hoffmann: Die Geschichte der Provinz und des Regierungsbezirks Rheinhessen 1816-1985, Alzey 1985
- Dieter Hoffmann: „... wir sind doch Deutsche“ Zur Geschichte und Schicksal der Landjuden in Rheinhessen, Alzey 1992
- Gunter Mahlerwein: Rheinhessen 1816-2016. Die Landschaft – die Menschen und die Vorgeschichte seit dem 17. Jahrhundert, Mainz 2015
- Gunter Mahlerwein: Die Herren im Dorf. Bäuerliche Oberschicht und ländliche Elitenbildung in Rheinhessen 1700-1850, Mainz 2001
- Helmut Schmah: Verpflanzt, aber nicht enturzelt. Die Auswanderung aus Hessen-Darmstadt (Provinz Rheinhessen) nach Wisconsin im 19. Jahrhundert
- Carl Zuckmayer: Als wär's ein Stück von mir, Frankfurt 1989

Weitere Information zu Rheinhessen finden Sie auch in den von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Blättern zum Land, siehe <http://politische-bildung-rlp.de/themen/unser-land/blaetter-zum-land.html>

Weinanbau in Ingelheim

Quelle: Dominik Ketz / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH